



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 08. Mai 2026 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor einem Jahr ist die Bundesregierung in einer schwierigen Lage angetreten – mit dem Anspruch, Stabilität zu schaffen, Stillstand zu überwinden und unser Land wieder auf einen verlässlichen Kurs zu bringen. Vieles wurde seitdem auf den Weg gebracht: von einer neu ausgerichteten Energiepolitik über Fortschritte bei der Migration bis hin zu Investitionen in Infrastruktur und Sicherheit. Die Bilanz zeigt: Diese Koalition arbeitet, entscheidet und liefert. Gleichzeitig ist klar, dass wir noch nicht am Ziel sind.

Die kommenden Monate stehen deshalb im Zeichen einer klaren Reformagenda. Im Mittelpunkt stehen insbesondere die Bereiche Gesundheit und Pflege, der Bundeshaushalt, die Steuerpolitik sowie die Altersvorsorge. Schritt für Schritt gehen wir die strukturellen Herausforderungen an, um unser Land zukunftsfest aufzustellen. Ziel ist es, Wachstum zu ermöglichen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken und damit die Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit zu sichern.

Dabei bleibt die internationale Lage angespannt. Unsicherheiten im Verhältnis zu wichtigen Partnern, etwa durch handelspolitische Entwicklungen oder sicherheitspolitische Diskussionen, wirken sich auch auf Deutschland aus. Gleichzeitig gibt es positive Impulse – etwa durch neue Handelsabkommen, die zusätzliche Chancen für unsere Wirtschaft eröffnen.

Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt erste vorsichtige Signale, bleibt aber insgesamt unter Druck. Umso wichtiger ist es, jetzt die richtigen Entscheidungen zu treffen und konsequent umzusetzen. Wenn wir gemeinsam anpacken, können wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass es in den kommenden Jahren wieder deutlich aufwärts geht – für unsere Wirtschaft, unseren Staat und die Menschen in unserem Land.

Auch in dieser Sitzungswoche standen zahlreiche konkrete Vorhaben auf der Tagesordnung. Informieren Sie sich darüber auf den folgenden Seiten.

Herzlich,
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Wir entlasten Airlines und Passagiere
- Elektronische Fußfessel stärkt Opferschutz
- Dialog über Investitionen und Wachstum in Afrikab

Wir entlasten Airlines und Passagiere.

Der Deutsche Bundestag hat sich in dieser Woche in erster Lesung mit der Absenkung der Luftverkehrssteuer befasst. Ziel ist es, den Luftverkehrsstandort Deutschland zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Flughäfen sowie der Luftfahrtbranche insgesamt zu verbessern.

Konkret soll die Luftverkehrssteuer wieder auf das Niveau vor der letzten Erhöhung im Jahr 2024 zurückgeführt werden. Damit werden Airlines, Flughäfen und letztlich auch die Passagiere spürbar entlastet. Hintergrund sind deutlich gestiegene Kosten in der Branche, die sich in höheren Ticketpreisen und einer zunehmenden Abwanderung von Flugverkehr ins Ausland niederschlagen.

Mit der Anpassung der Steuer will die Bundesregierung gegensteuern und dafür sorgen, dass Deutschland als internationaler Luftverkehrsstandort attraktiv bleibt. Gleichzeitig wird damit ein Beitrag geleistet, die Mobilität für Bürgerinnen und Bürger bezahlbar zu halten und wirtschaftliche Verbindungen zu sichern.

Standpunkt: *Ein leistungsfähiger Luftverkehr ist für ein exportorientiertes Land wie Deutschland von zentraler Bedeutung. Er sichert internationale Anbindung, stärkt den Wirtschaftsstandort und ist ein wichtiger Faktor für Wachstum und Beschäftigung.*

Die Absenkung der Luftverkehrssteuer ist daher ein notwendiger Schritt, um Wettbewerbsnachteile abzubauen und Abwanderungseffekte zu verhindern. Wenn Flüge zunehmend über ausländische Flughäfen abgewickelt werden, schadet das nicht nur der Branche, sondern auch unserem Wirtschaftsstandort insgesamt.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion gilt: Mobilität muss bezahlbar bleiben und gleichzeitig wirtschaftlich sinnvoll gestaltet werden. Die Maßnahme ist ein wichtiger Impuls, um die Luftfahrt in Deutschland zu stärken und ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern. •

Elektronische Fußfessel stärkt Opferschutz.

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag die Einführung der elektronischen Fußfessel im Gewaltschutzrecht beschlossen. Ziel ist es, den Schutz von Opfern häuslicher Gewalt deutlich zu verbessern und Annäherungsverbote wirksamer durchzusetzen.

Künftig können Täter, gegen die entsprechende gerichtliche Anordnungen bestehen, mit einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung belegt werden. Die Fußfessel ermöglicht es, Verstöße gegen Kontakt- und Näherungsverbote frühzeitig zu erkennen und schneller einzugreifen. Damit wird ein bislang bestehendes Vollzugsdefizit geschlossen und der Schutz Betroffener konkret gestärkt.

Die Maßnahme ist Teil eines umfassenden Ansatzes im Gewaltschutz, der neben technischen Möglichkeiten auch auf Täterarbeit und Prävention setzt. Gleichzeitig werden klare rechtsstaatliche Rahmenbedingungen geschaffen, um den Einsatz der elektronischen Überwachung rechtssicher auszugestalten.

Standpunkt: *Der Schutz vor häuslicher Gewalt ist eine zentrale staatliche Aufgabe. Zu oft haben bisherige Maßnahmen nicht ausgereicht, um Betroffene effektiv zu schützen. Deshalb ist es richtig, neue Wege zu gehen und moderne Technik gezielt einzusetzen.*

Die elektronische Fußfessel ist ein wichtiges Instrument für mehr Sicherheit. Sie verlagert die Verantwortung dorthin, wo sie hingehört – zu den Tätern – und entlastet gleichzeitig die Opfer. Wer gegen Schutzauflagen verstößt, muss damit rechnen, dass dies unmittelbar erkannt und geahndet wird.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion gilt: Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Ein wirksamer Gewaltschutz stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat und hilft, Menschen konkret zu schützen. Die Einführung der elektronischen Fußfessel ist daher ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. •

Schritt für Schritt barrierefrei.

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche in erster Lesung eine Weiterentwicklung der Barrierefreiheit beraten.

Ziel ist es, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Alltag weiter zu verbessern und Barrieren im öffentlichen wie im privaten Bereich konsequent abzubauen.

Konkret sieht der Gesetzentwurf vor, dass Bestandsgebäude des Bundes schrittweise barrierefrei gestaltet werden. Bis 2035 sollen deutliche Fortschritte erreicht, bis 2045 soll Barrierefreiheit weitgehend umgesetzt sein – sofern dies wirtschaftlich vertretbar ist. Damit wird ein klarer Fahrplan für mehr Zugänglichkeit im öffentlichen Raum geschaffen.

Darüber hinaus wird die Kommunikation barrierefreier gestaltet. Ein neues Bundeskompetenzzentrum soll die Nutzung von Leichter Sprache und Deutscher Gebärdensprache stärken. Gleichzeitig werden auch private Anbieter stärker in die Pflicht genommen: Sie sollen künftig durch angemessene Vorkehrungen den Zugang zu ihren Dienstleistungen ermöglichen, ohne dabei unverhältnismäßig belastet zu werden.

Ergänzend werden Verfahren vereinfacht, etwa bei der Zertifizierung von Assistenzhunden, um Betroffenen den Alltag weiter zu erleichtern.

Standpunkt: *Barrierefreiheit ist kein Nischenthema – sie betrifft unsere gesamte Gesellschaft. Sie ermöglicht Teilhabe, stärkt Selbstständigkeit und verbessert die Lebensqualität für viele Menschen, nicht nur für Menschen mit Behinderungen.*

Mit den geplanten Maßnahmen setzen wir auf einen realistischen, aber verbindlichen Weg zu

mehr Barrierefreiheit. Wichtig ist dabei, Fortschritte Schritt für Schritt umzusetzen und gleichzeitig wirtschaftliche Belastungen im Blick zu behalten.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion gilt: Eine inklusive Gesellschaft lebt davon, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben. Barrieren abzubauen ist deshalb nicht nur eine soziale, sondern auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Die Reform ist ein wichtiger Schritt, um Teilhabe weiter zu stärken und den Alltag für viele Menschen spürbar zu verbessern. •

Vorstandswahlen in der Fraktion.

Zu Beginn der Woche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion turnusgemäß ihren Vorstand für die verbleibende Legislaturperiode neu gewählt. Dabei wurden die bisherigen Amtsinhaber in ihren Funktionen bestätigt – ein starkes Zeichen für Kontinuität, Geschlossenheit und Vertrauen in die gemeinsame Arbeit der Fraktion.

Ich freue mich sehr, dass ich im Zuge dieser Wahlen mit 100 Prozent Zustimmung erneut in die Finanzkommission der Fraktion gewählt wurde. Dieses Ergebnis ist für mich Bestätigung und Ansporn zugleich. Die Finanzkommission übernimmt innerhalb der Fraktion wichtige organisatorische und finanzielle Aufgaben. Sie ist insbesondere zuständig für die Aufstellung des jährlichen Haushalts- und Stellenplans („Fraktionsetat“) sowie für die Kontrolle und Planung der Ausgaben der Fraktion.

Darüber hinaus bereitet sie Beschlüsse für den Fraktionsvorstand und die Fraktionsversammlung vor, wirkt an der Verwaltung der Fraktionsmittel mit und begleitet die Personalplanung der Fraktion.

Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen für das Vertrauen und freue mich darauf, diese verantwortungsvolle Aufgabe weiterhin wahrzunehmen und aktiv an der finanzpolitischen Ausrichtung unserer Fraktion mitzuwirken. •

Dialog über Investitionen und Wachstum in Afrika.

Am Rande der Sitzungswoche habe ich mich – gemeinsam mit dem von mir geführten Arbeitskreis Afrika – mit Dr. Thando Sililo, Leiter der Subsahara-Initiative der deutschen Wirtschaft (SAFRI), zu einem intensiven Austausch über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Afrika getroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die großen Potenziale des afrikanischen Kontinents sowie die Frage, wie diese künftig stärker genutzt werden können.

Ein zentrales Thema war die Rolle Afrikas als zunehmend wichtiger Wachstumsmarkt für deutsche Unternehmen. Trotz bestehender Herausforderungen – etwa bei Investitionsbedingungen oder regulatorischen Rahmen – wurde deutlich, dass Afrika für die deutsche Wirtschaft bislang noch ein vielfach unterschätzter Partner ist.

Umso wichtiger ist ein Perspektivwechsel: weg von einer rein entwicklungspolitischen Sicht hin zu einer partnerschaftlichen, wirtschaftlich geprägten Zusammenarbeit.



Die SAFRI-Initiative bündelt die Aktivitäten der deutschen Wirtschaft in Subsahara-Afrika und setzt gezielt Impulse für Investitionen und Kooperationen. Ein wichtiger Baustein ist dabei der German African Business Summit (GABS), der in diesem Jahr in Accra stattfinden wird und als zentrale Plattform für den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik dient.

Darüber hinaus haben wir über konkrete Ansatzpunkte für eine engere Zusammenarbeit gesprochen – von Investitionen über Infrastruktur bis hin zur Stärkung nachhaltiger Partnerschaften. Klar ist: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika gewinnt vor dem Hintergrund globaler Verschiebungen zunehmend an strategischer Bedeutung.

Ich danke Herrn Dr. Sililo für den offenen und fundierten Austausch und freue mich darauf, diesen Dialog weiter zu vertiefen. •

Die gute Nachricht der Woche **Starkes Vertrauen in unsere Demokratie.**

Trotz vieler Krisen und Herausforderungen gibt es eine ermutigende Entwicklung: Die Mehrheit der Menschen in Deutschland steht weiterhin fest hinter der Demokratie. Eine aktuelle Studie zeigt, dass das Vertrauen in demokratische Institutionen insgesamt stabil bleibt und viele Bürgerinnen und Bürger die Demokratie als beste Staatsform ansehen.

Gerade in Zeiten internationaler Unsicherheiten, wirtschaftlicher Belastungen und politischer Spannungen ist das keine Selbstverständlichkeit. Umso wichtiger ist dieses klare Bekenntnis zur demokratischen Ordnung. Es zeigt, dass die breite Mitte der Gesellschaft weiterhin Verantwortung übernimmt und sich nicht von populistischen oder extremen Positionen treiben lässt.

Gleichzeitig macht die Studie deutlich, dass es weiterhin Handlungsbedarf gibt – etwa beim Vertrauen in politische Entscheidungsprozesse oder bei der Wahrnehmung staatlicher Handlungsfähigkeit. Doch genau darin liegt auch eine Chance: Demokratie lebt vom Mitmachen, vom Diskurs und von der kontinuierlichen Weiterentwicklung.

Die zentrale Botschaft ist klar: Unsere Demokratie ist stabil – und sie wird von der großen Mehrheit getragen. Das ist ein starkes Signal und eine gute Grundlage, um die aktuellen Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. •